



3. Oktober: Tag der Deutschen Einheit

AB 01 Deutsche Einheit – seit wann eigentlich?

Dieses Arbeitsblatt skizziert den Weg zum deutschen Nationalstaat und dessen Entwicklung seit 1871.

Das „Deutsche Reich“ von 1871 bestand aus vier Königreichen (Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg), sechs Großherzogtümern, vier Herzogtümern, sieben Fürstentümern und den Freien Städten Lübeck, Hamburg und Bremen. Als es nach dem 1. Weltkrieg Republik geworden war, wollten ihr auch die Deutschen des zerfallenden Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn angehören. Ihre provisorische Nationalversammlung erklärte am 12. November 1918: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.“ Doch die Vereinigung scheiterte am Verbot der Siegermächte.

Beim Nachzeichnen der jeweiligen Reichsgrenzen werden die Schüler^z die zweimalige flächenmäßige Schrumpfung des deutschen Nationalstaates bemerken (1871: 540.000 km², nach 1918: 470.000 km², nach 1945: 357.000 km²). Gleichzeitig verdoppelte sich die Einwohnerzahl von 41 Millionen (1871) auf heute 81 Millionen.

Nach herrschender deutscher Rechtsauffassung ist das Deutsche Reich 1945 mit der militärischen Niederlage als Staat nicht untergegangen. Unter dem neuen Namen „Bundesrepublik Deutschland“ besteht es fort. In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.7.1973 heißt es dazu: „Das Grundgesetz [...] geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat. [...] Das Deutsche Reich existiert fort. [...] Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht „Rechtsnachfolger“ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat „Deutsches Reich“ – in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings „teilidentisch“.

— *Quelle:* Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Texte zur Deutschlandpolitik, Köln o.J., Reihe II., Bd. I, S. 92 f.

Diese Rechtsauffassung hatte und hat praktische Konsequenzen. Während der Zeit der Teilung konnten Bürger^z der DDR, da sie die deutsche Staatsangehörigkeit nie verloren hatten, in bundesdeutschen Botschaften im Ausland jederzeit einen bundesdeutschen Reisepass erhalten. Sie bedeutet heute, dass die BRD für die Schulden des Deutschen Reichs eintritt, wobei allerdings Reparationsfragen mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ (siehe Ausführungen zum Arbeitsblatt 04) als abschließend erledigt gelten.

— Zu Aufgabe 1

Im Internet finden die Schüler^z unter den Suchwörtern „Friedensvertrag von Versailles > Deutsche Gebietsverluste“ und „Deutschland 1945 bis 1949“ Karten zur Lösung der gestellten Aufgaben (siehe unten).

— *Tipps:* commons.wikimedia.org/wiki/File:Deutschland1871-1991.png
Vergrößerte Karten siehe Anhang.

— Zu Aufgabe 2

Beide Aufgaben sollen Schüler^z motivieren, in ihrer unmittelbaren Umgebung historische Zeugnisse als solche zu erkennen.

In *Aufgabe 2a* sind es die Schlösser in heutigen Landeshauptstädten / Kreisstädten, von denen aus einstige deutsche Königreiche / Fürstentümer regiert wurden, in *Aufgabe 2b* die Namen von Straßen und Plätzen in Westdeutschland, die speziell in für die Millionen Flüchtlinge und Vertriebene errichteten Neubauvierteln nach Kriegsende die Erinnerung an die Ostgebiete wachhalten sollten. In der sowjetischen Besatzungszone (spätere DDR, jetzt „Neue Bundesländer“ bzw. Ostdeutschland) wäre eine solche Namensnennung undenkbar gewesen, weil die öffentliche Erinnerung an die Ostgebiete als „Revanchismus“ galt. Sogar die „Königsberger Klopse“ wurden deshalb in „Kochklopse“ umbenannt.

— Deutschland 1919 bis 1990

■ Verlust durch den Vertrag von Versailles 1919/20

■ Freie Stadt Danzig 1919–39

■ Von Polen annektierte Gebiete, 1945

■ Von der Sowjetunion annektierte Gebiete, 1945

■ DDR, 1949–90

..... Innerdeutsche Grenze, 1945–90

Eupen-Malmedy
(zu Belgien)

Elsass-Lothringen
(zu Frankreich)

Nord-Schleswig
(zu Dänemark)

Pommern
(zu Polen)

Danzig

Memel
(zu Litauen)

Ostpreußen

Westpreußen
(zu Polen)

Posen
(zu Polen)

Ostoberschlesien
(1921 zu Polen)

Hultschiner Ländchen
(zur Tschechoslowakei)

Schlesien
(zu Polen)

AB 02 Warum entstanden in Deutschland nach 1945 zwei Staaten?

Dieses Arbeitsblatt stellt dar, dass die 1949 entstandenen beiden deutschen Staaten Produkte des „Kalten Krieges“ zwischen den USA und der Sowjetunion waren.

— Zusatzinformationen und Lösungen

US-Präsident Truman hatte im August 1945 die Potsdamer Konferenz, die letzte der Kriegskonferenzen der „Großen Drei“ (USA, Großbritannien, Sowjetunion), mit dem Eindruck verlassen: „Das russische Fernziel hieß Weltherrschaft.“ Anders als sein Vorgänger Roosevelt vertrat er einen energischeren Kurs gegenüber Stalin: „Ich habe es satt, die Sowjets in Watte zu packen.“ (Harry S. Truman: Memoiren, Bd. 1. Scherz-Verlag, Bern 1955, S. 422 und 601)

Anfang 1947 verkündete er: Vom Kommunismus bedrohte Völker sollten von den USA unterstützt werden und wirtschaftliche Hilfe zur Herstellung stabiler politischer Verhältnisse erhalten (Truman-Doktrin). Sein Außenminister Marshall legte in diesem Sinne ein „European Recovery Program (ERP)“ vor. Mit diesem „Marshall-Plan“ flossen von 1948 bis 1952 amerikanische Kredite und Waren in das vom Krieg zerstörte Westeuropa. Die drei Westzonen, die in das Programm eingebunden waren, erhielten insgesamt rd. 1,6 Mrd. US-\$. Zu den Teilnahmebedingungen gehörte, dass die Empfängerstaaten wirtschaftlich kooperierten und gemeinsam Konzepte für Wiederaufbau und die Verwendung der Gelder erarbeiteten. Dies geschah in der OEEC (Organization for European Economic Co-Operation). Die OEEC, heute OECD, gehört zu den Vorläufern von EWG und EU.

Die Sowjetunion lehnte für ihren Machtbereich eine Teilnahme am ERP-Programm ab.

→ Zweimal Deutschland

Die Karikatur stammt von 1948 und illustriert unter dem Titel „Ostzone-Westzonen: Die deutschen siamesischen Zwillinge“ die Situation im Frühjahr 1948. Ostzone und Westzonen haben sich zwar schon weit auseinander entwickelt, sind aber noch verbunden durch den Alliierten Kontrollrat für Gesamtdeutschland. Dies sollte sich bald ändern. Als die USA zusammen mit Großbritannien und Frankreich im Februar/März 1948 entschiedenen Kurs auf eine Weststaatsgründung nahmen und die drei Westzonen in das ERP-Programm einbezogen, verließ der sowjetische Vertreter im März 1948 unter Protest den Kontrollrat. Damit war die Viermächteverwaltung Deutschlands durch die Siegermächte beendet. Die Entstehung zweier deutscher Staaten kündigte sich an.

In der Karikatur erhält der Zwilling links im Bild von den USA aus der Suppenschüssel des ERP-Programms Nahrungsmittel, während rechts im Bild Stalin seinem Zwilling nichts anzubieten hat. Der Gesichtsausdruck beider Zwillinge ist schreckhaft, als ob sie ahnen, dass ihre vollständige Trennung bevorsteht. Für den Zeichner ist klar: Die Entstehung von zwei Staaten in Deutschland, die sich 1948 ankündigt, ist Werk der Siegermächte, die jeweils ihren Teil von Deutschland nicht verlieren wollen.

AB 03 Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen

Dieses Arbeitsblatt stellt dar, dass die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht nur vom Willen der Deutschen abhing. Sie musste in internationale Zustimmung eingebettet werden.

Innerdeutsche Entscheidungen

In der DDR war unter der Parole „Wir sind das Volk“ im Herbst 1989 die Parteidiktatur der SED gestürzt worden. Im Verlauf der weiteren Entwicklung schob sich immer mehr die Parole „Wir sind EIN Volk“ in den Vordergrund, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit verlangte.

Bei den ersten freien Wahlen in der DDR erhielten am 18. März 1990 diejenigen Parteien eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit (75,2%), die für eine Wiedervereinigung nach Art. 23 GG bzw. nach Art. 116 GG eintraten (*Einzelheiten dazu vgl. www.bpb.de/falter > 9. November 1989: Fall der Mauer/Arbeitsblatt 5*).

In Westdeutschland hatte Bundeskanzler Helmut Kohl am 28.11.1989 im Deutschen Bundestag ein 10-Punkte-Programm vorgelegt, das zum Ziel hatte, „eine Föderation, d. h. eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen“. Bei seinem Besuch in Dresden am 19. Dezember 1989 verkündete er vor einer jubelnden Menge: „Mein Ziel bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zulässt – die Einheit unserer Nation.“ (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III/Band 7, S. 429 und S. 467) Doch entschieden war damit die „Deutsche Frage“ noch lange nicht.

Außerdeutsche Reaktionen

Die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten ließ für viele Politiker^{zz} im Ausland unerwünschte Auswirkungen für die bestehende europäische Ordnung befürchten. Eine Schreckensvorstellung war, dass die Deutschen, die noch im Westen eingeehgt waren durch NATO und Europäische Gemeinschaft und im Osten durch Warschauer Pakt und den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), nach einer Wiedervereinigung schnell in Versuchung kommen könnten, eigene Wege einzuschlagen, wenn sie erst einmal mit ihren dann 80 Millionen Einwohnern^{zz} zum mächtigsten Staat in der Mitte Europas aufgestiegen wären.

— Zu Aufgabe 1

Die Karikatur macht anschaulich, wer deshalb alles bei der deutschen Wiedervereinigung ein Wort mitreden wollte und welche Geschicklichkeit, sprich diplomatische Kunst, der Slalomläufer Kohl entfalten musste, um nach allen Toren in das Ziel „Deutsche Einheit“ einzulaufen.

Beim Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO hatten ihr 1954 die USA, England und Frankreich zwar vertraglich versprochen, ein „gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland“. Damals dürften sie aber geglaubt haben, sie würden angesichts des „Kalten Krieges“ ihr Versprechen wohl niemals einlösen müssen. Als sich 1989 die Weltlage geändert hatte, unterstützten dann tatsächlich auch nur noch die USA – im eigenen europapolitischen Interesse – dieses Ziel. Ihre Voraussetzung dabei: Auch das ganze Deutschland bleibt in der von den USA geführten NATO.

Am unverblühtesten gegen ein Ende der deutschen Teilung äußerte sich hingegen die britische Regierungschefin Margaret Thatcher. Sie hielt es nach den historischen Erfahrungen für unausweichlich, dass ein vereintes Deutschland erneut eine Führungsrolle in Europa ansteuern würde. Kohl zitiert in seinen Memoiren ihre zornige Feststellung auf einem EG-Gipfeltreffen im Dezember 1989: „Zweimal haben wir die Deutschen geschlagen! Jetzt sind sie wieder da.“ (Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990, Verlag Droemer, München 2005, S. 1.013)

Der französische Präsident François Mitterand verhielt sich ambivalent. Er wollte sich einer möglichen deutschen Einheit nicht offen entgegenstellen, hoffte aber, folgt man Kohls Memoiren, sie würde am sowjet-russischen Partei- und Staatschef Gorbatschow scheitern. Wie sollte der jemals einem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit zustimmen und damit seinen Vorposten DDR preisgeben, von dem aus sowjetische Soldaten auch Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei in Schach hielten? Noch dazu, wenn die USA auf einer NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands bestehen? Kohl zitiert Mitterand:

„Niemand wird Gorbatschow ein vereinigtes Deutschland in der Nato akzeptieren [...] Also machen wir uns keine Sorgen. Sagen wir, dass sie geschehen kann, wenn die Deutschen es wollen, im Bewusstsein, dass die zwei Großen uns davor bewahren“.

— Quelle: Kohl, ebda., S. 957

Mit verbindlichen Zusagen an Frankreich, sich weiterhin an der Vertiefung der Zusammenarbeit in der EU zu beteiligen und insbesondere einer baldigen Einführung des Euro nicht im Wege zu stehen, baute Kohl schließlich Frankreichs Vorbehalte ab. Ob die Aufgabe der DM als Preis für Frankreichs Zustimmung zur Wiedervereinigung gesehen werden kann, ist unter Historikern umstritten.

Auch Polen (siehe Karikatur) war in die Wiedervereinigungsfrage involviert, denn seine Westgrenze war völkerrechtlich bisher nur vom Teilstaat DDR anerkannt worden (Die Bundesrepublik Deutschland hatte am 7. Dezember 1970 im Warschauer Vertrag die Oder-Neiße-Linie lediglich unter dem Vorbehalt einer Änderung im Rahmen einer Friedensregelung als faktisch „unverletzliche“ Westgrenze der damaligen Volksrepublik Polen anerkannt). Ebenfalls äußerten der israelische Ministerpräsident Jitzchak Schamir und der Jüdische Weltkongress (siehe Davidstern in der Karikatur) Bedenken, die auszuräumen waren.

Dass es Kohl und seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher als Meisterstück gelang, Michail Gorbatschows Zustimmung zur deutschen Einheit schließlich zu erreichen, hat verschiedene Gründe.

Gorbatschow befand sich 1989 in einer schwierigen Lage. Sein innenpolitischer Reformkurs („Perestroika“) hatte zu einer schweren Versorgungskrise im Winter 1989/90 geführt. Sein politisches Überleben war in Gefahr. Kohl sprang ihm mit einer Lieferung von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern für 220 Millionen DM zur Seite, später bürgte die Bundesregierung für einen Kredit über fünf Milliarden DM und versprach, als die Verhandlungen fortgeschritten waren, sich mit weiteren 12 Milliarden DM und einem zinslosen Kredit über drei Milliarden DM an den Abzugskosten der russischen Truppen aus Deutschland zu beteiligen. Zwischen beiden Politikern entwickelte sich ein persönliches Vertrauensverhältnis, das sich äußerlich bisweilen in einer „Strickjackendiplomatie“ (vgl. Aufgabe 3) niederschlug. Für Gorbatschow war es auch ein Gebot politischer Klugheit, sich die späteren Perspektiven einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit einem wirtschaftlich starken Gesamtdeutschland offenzuhalten, statt in der DDR ein Regime zu stützen, das wirtschaftlich angeschlagen war und offensichtlich keinen Rückhalt im Volk besaß.

Die englische Premierministerin Thatcher freilich sah die Dinge einfacher. In ihren Memoiren schreibt sie:

„Es sollte sich herausstellen, dass die Sowjets [...] bereit waren, den Deutschen die Wiedervereinigung zum Preis einer bescheidenen Finanzspritze für ihre marode Wirtschaft zu verkaufen.“

— Quelle: Margaret Thatcher: Downing Street No. 10. Die Erinnerungen. Econ-Verlag, 3. Auflage, Düsseldorf 1993, S. 1.096

— Zu Aufgabe 2

Lösung: USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien

— Zu Aufgabe 3

Der als Suchwort für eine Recherche vorgeschlagene Beitrag des Deutschlandfunks von 2012 informiert über die Zusammenkünfte von Kohl und Gorbatschow im Februar 1990 in Moskau und Juli 1990 zuerst in Moskau und anschließend in Gorbatschows kaukasischer Heimat. Im Februar hatte Gorbatschow Kohls Meinung zugestimmt, dass es das Recht der Deutschen sein müsse, zu entscheiden, ob sie in einem Staat zusammenleben wollten. Im Juli 1990 wurden dann die letzten Hürden beseitigt, die einer sowjetischen Zustimmung zur

deutschen Einheit noch im Wege standen: Gorbatschow war einverstanden, dass das wiedervereinigte souveräne Deutschland über seine Bündniszugehörigkeit selbst bestimmt, de facto also, wie es die USA verlangten, NATO-Mitglied wird.

Die berühmten Bilder vom Treffen im Kaukasus zeigen Kohl und Gorbatschow leger in Strickjacken plaudernd, womit das große Vertrauensverhältnis unterstrichen werden sollte, das die beiden Politiker in zwischen miteinander verband. Bei dieser „Strickjackendiplomatie“ spielten persönliche Beziehungen eine große Rolle, die Kohl übrigens auch innenpolitisch intensiv pflegte („System Kohl“).

AB 04 Deutsche Einheit – die große Herausforderung

Dieses Arbeitsblatt beschreibt die wirtschaftliche Situation der DDR zum Zeitpunkt ihres Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland.

Dazu wird aus dem sogenannten Schürer-Bericht zitiert. Den hatte sich am 27.10.1989 nach dem Sturz Honeckers die neue Führungsspitze vorlegen lassen, um eine ungeschminkte Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der DDR zu gewinnen. Verfasser waren führende Wirtschaftsfunktionäre, federführend der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, Mitglied des ZK der SED und Kandidat des Politbüros. Die Autoren (*Namen und Funktionen siehe [www.bstu.bund.de/30. Oktober 1989](http://www.bstu.bund.de/30.Okttober1989)*) wollten die neue Führung zu schnellen und zum Teil radikalen wirtschaftlichen Reformen veranlassen, überzeichneten deshalb gelegentlich, insbesondere was die Höhe der Auslandsschulden betraf. Gleichwohl spiegeln die Kernaussagen die Realität wider. Die Innenstädte und die Infrastruktur (Straßen-, Eisenbahn- und Telefonnetz) der DDR waren in unterschiedlich hohem Maße verfallen, weil notwendige Reparaturen und Investitionen unterblieben waren. Gleiches galt für die Betriebe und ihren Maschinenpark. 1989 waren ca. 29 % der Industrieausrüstungen zwischen elf und 20 Jahre alt, 21 % waren älter als 20 Jahre, der Verschleißgrad stieg ständig. Entsprechend erreichten DDR- Unternehmen im Durchschnitt nur etwa 1/3 der Produktivität des Westens.

Der Schürer-Bericht empfiehlt auf Grund dieser Befunde eine „grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik“, zu der gehöre: „[...] drastischer Abbau von Verwaltungs- und Bürokräften sowie hauptamtlich Tätiger in gesellschaftlichen Organisationen [...] Abzüge vom Lohn und Einkommen für nicht gebrachte Leistungen, Schluderei und selbstverschuldete Verluste.“ Insgesamt gehe es „um die Entwicklung einer an den Marktbedingungen orientierten Planwirtschaft“. Die Verfasser sind für eine Zusammenarbeit mit der BRD und Verhandlungen mit ihr über Finanzkredite, schließen aber „jede Idee von Wiedervereinigung mit der BRD oder der Schaffung einer Konföderation aus“. Bemerkenswert ist auch die Forderung: „Der Wahrheitsgehalt der Statistik und Information ist auf allen Gebieten zu gewährleisten.“ Sie sagt viel über die Zuverlässigkeit von DDR-Statistiken aus, die manche Fehleinschätzung im Westen über den Zustand der DDR-Wirtschaft (vgl. *Lehrerteil zu AB 05*) erklären. Tatsächlich war sie bei ihrer Entlassung in die Marktwirtschaft (1.7.89: Wirtschafts- und Währungsunion) dem Westen im Wettbewerb gravierend unterlegen. Sie konnte kaum weltmarktfähige Güter zu konkurrenzfähigen Preisen produzieren. Infolgedessen brachen auch – was die Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann im abgedruckten Zitat beleuchtet – ihre einstigen Ostmärkte zusammen. Zu diskutieren wäre dabei, ob die Einführung der DM für das Wegbrechen der Ostmärkte ursächlich ist oder nur die bislang kaschierte mangelnde Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft offenkundig gemacht hat.

— Zu Aufgabe 1

Die Schüler[•] werden unschwer ermitteln, dass Hauptaufgaben für einen „Aufbau Ost“ die Sanierung der Infrastruktur und die Wiederherstellung einer leistungsfähigen Wirtschaft sein mussten. Ergänzt werden könnte, dass die veralteten Industrieanlagen auch zu verheerenden Umweltschäden geführt hatten, die zu beseitigen waren.

— Zu Aufgabe 2a

Das Transparent droht die (schon im Gange befindliche) Abwanderung nach Westdeutschland an, wenn die DM nicht auch in der DDR eingeführt würde. Nicht nur für die Demonstranten[•] war sie ein Wohlstandssymbol, von dem sie ein „Wirtschaftswunder-Ost“ erwarteten, analog zur Entwicklung nach der Währungsreform 1948 in den Westzonen. Auch z. B. die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion war am 7.2.1990 im Bundestag der Meinung: „Ich bin der festen Überzeugung, die Einführung der DM wäre der Startschuss für ein ‚Wirtschaftswunder‘ in der DDR.“ (Stenographische Berichte, S. 14.857) Außer Acht gelassen wurde dabei, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen 1948 ganz andere waren als 1990. Allerdings darf bezweifelt werden, ob es möglich gewesen wäre, die Währungsunion aufzuhalten. DDR-Bürger[•] forderten sie vehement auf der Straße, der Einigungsvertrag war noch nicht unter Dach und Fach, Landtagswahlen standen vor der Tür – der gesamte Einigungsprozess hätte bei Ablehnung einer DM-Einführung in eine Schiefelage geraten können.

Die gleiche Spannung zwischen wirtschaftlicher Vernunft und politischem Kalkül zeigte sich bei der Festlegung des Umtauschkurses DDR-Mark zu DM. Die Bundesbank hatte einen Umtauschkurs von 3 zu 1 vorgeschlagen, was Empörung in der DDR auslöste. Fünf Tage vor der Volkskammerwahl vom 18.3.1990 versicherte Bundeskanzler Kohl auf einer Wahlkampfveranstaltung in Cottbus ohne nähere Absprache mit der Bundesbank, die kleinen Sparer[•] könnten mit einem Umtausch ihrer Guthaben 1 zu 1 rechnen. So kam es dann am 1.7.1990 auch. Innerhalb von nach Alter gestaffelten Höchstgrenzen konnten Guthaben bis 6.000 Mark 1 zu 1 umtauscht werden, die übrigen 2 zu 1.

— Zu Aufgabe 2b

Ulrike Herrmann beurteilt die DM-Einführung als „wirtschaftliche Katastrophe“, ignoriert aber, dass der eigentliche Grund für das Abwandern der Ost-Kundschaft die nicht wettbewerbsfähige Qualität der ostdeutschen Produkte war. Sie benennt keine Alternativen, die zu diskutieren wären.

— Zu Aufgabe 2c

Hier sind die Schüler[•] aufgefordert abzuschätzen, welche Folgen eine Nichteinführung der DM hätte haben können und ob diese von der Politik auszuhalten gewesen wären.

AB 05 25 Jahre Einheit – einheitliche Lebensverhältnisse?

Dieses Arbeitsblatt stellt Fragen zum Gelingen der deutschen Wiedervereinigung.

In der Euphorie des Wiedervereinigungsprozesses gingen viele davon aus, dass in einem überschaubaren Zeitraum eine vollständige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West erreicht werden könnte. Das sollte sich trotz gewaltiger Transferleistungen aus dem Westen als Illusion erweisen, weil dieser Annahme zahlreiche Fehleinschätzungen zugrunde lagen. Insbesondere waren das Produktionsniveau der DDR überschätzt und der Sanierungsbedarf unterschätzt worden. Nicht genügend in Rechnung gestellt wurde auch, dass es nach 45 Jahren zentralistischer Kommandowirtschaft keine Unternehmer-

schaft und keinen selbständigen Mittelstand mehr gab. Der Zusammenbruch des Osthandels (*vgl. AB 04*), der so nicht vorausgesehen wurde, trug dazu bei, den Aufholbedarf des Ostens erheblich zu vergrößern.

Heute herrscht die Meinung vor, wie sie der Wirtschaftshistoriker Abelshäuser vertritt: Der Osten wird langfristig das Produktivitätsniveau des Westens erreichen, aber: „Was in vier Jahrzehnten wüst gefallen ist, lässt sich nicht kurzfristig in einen blühenden Garten zurückverwandeln.“ (Werner Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1204, Bonn 2011, S. 449). Allerdings ist schon viel erreicht. Abelshäuser verwendet dafür das Wort „Wohlstandsexplosion“ (ebda. S. 450), wenn er die heutigen Lebensumstände in der Ex-DDR mit denen in anderen einstigen Ostblockstaaten vergleicht.

Die neuen Bundesländer werden auch langfristig auf finanzielle Unterstützung (Länderfinanzausgleich/Bundesergänzungszuweisungen) angewiesen bleiben. Nach Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble liegt ihre Steuerkraft pro Einwohner[•] 2015 immer noch bei nur 55 % des Bundesdurchschnitts (Sächsische Zeitung online, 22.5.2015).

— Zu den Aufgaben

Die Arbeitsaufgaben unterstreichen die Aussagen des Textes, dass sich die Frage nach dem Maß der Angleichung der Lebensverhältnisse nur differenziert beantworten lässt.

Die Schüler[•] werden aus der Tabelle leicht erkennen, dass sich die Haushaltsausstattung mit langlebigen Konsumgütern (Gebrauchsvermögen) zwischen 1988 und 2013 in Ost- und Westdeutschland angeglichen hat.

Ein ganz anderes Bild zeichnet dagegen die Grafik zur Vermögensverteilung insgesamt. Unterscheidet man zwischen Geldvermögen, Immobilienvermögen (Haus- und Grundbesitz) und Betriebsvermögen, so konnte Letzteres im Sozialismus der DDR privat so gut wie gar nicht aufgebaut werden, auch Haus- und Grundbesitz nur in sehr bescheidenem Umfang. Entsprechend groß ist der Abstand bis heute. Er wird sich nur sehr langsam verringern, weil entsprechend auch die durchschnittlichen Erbschaften ungleich sind.

Das Vermögen in Deutschland (Bruttovermögen 2007: 8 Billionen Euro, davon Grund und Immobilienvermögen: 5,3 Billionen; Nettovermögen [nach Abzug von Hypotheken- und anderen Schulden]: 6,6 Billionen Euro) ist sehr ungleich verteilt. Laut dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2013) besitzt das reichste Zehntel der Haushalte 53 % des gesamten Nettovermögens, wobei berücksichtigt werden muss, dass für Selbständige ihr Vermögen (anstelle von Renten oder Pensionen) ein wichtiger Teil der Alterssicherung ist.

— *Tipp:* Weitere Einzelheiten zum sehr komplexen Thema Vermögen finden Sie im Internet unter www.bpb.de > Nachschlagen > Zahlen und Fakten > Soziale Situation in Deutschland > Vermögensverteilung und unter www.bundesbank.de > Private Vermögen in Deutschland.

Auch die Daten auf der Rückseite des Falters zeigen ein differenziertes Bild: Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist deutlich fortgeschritten, aber noch lange nicht erreicht.

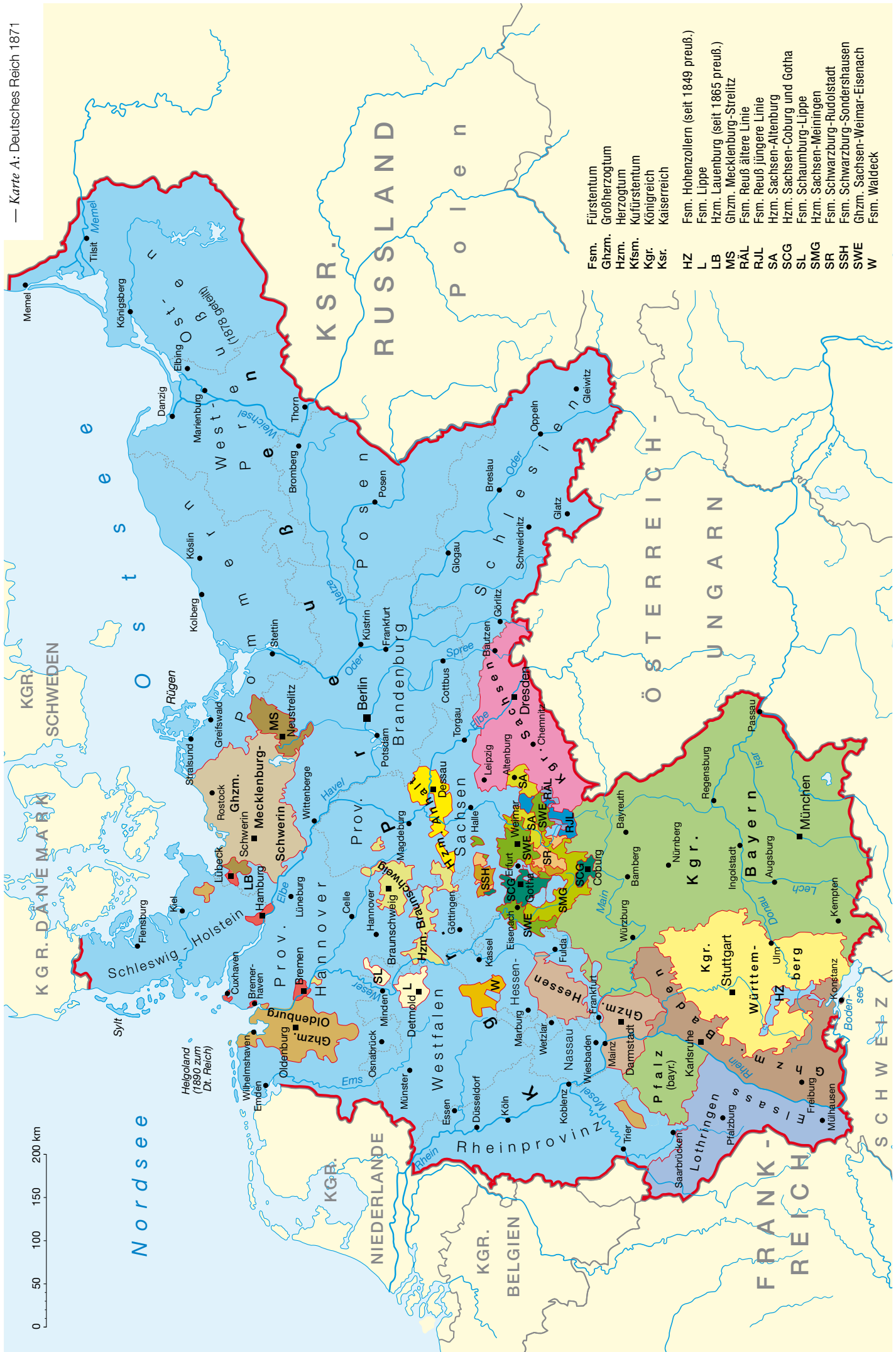
— Anhang

Vergrößerte Deutschlandkarten zum *Arbeitsblatt 01*:

– *Karte A* Deutsches Reich 1871

– *Karte B* Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg (Blanko-Karte zum Ausfüllen)

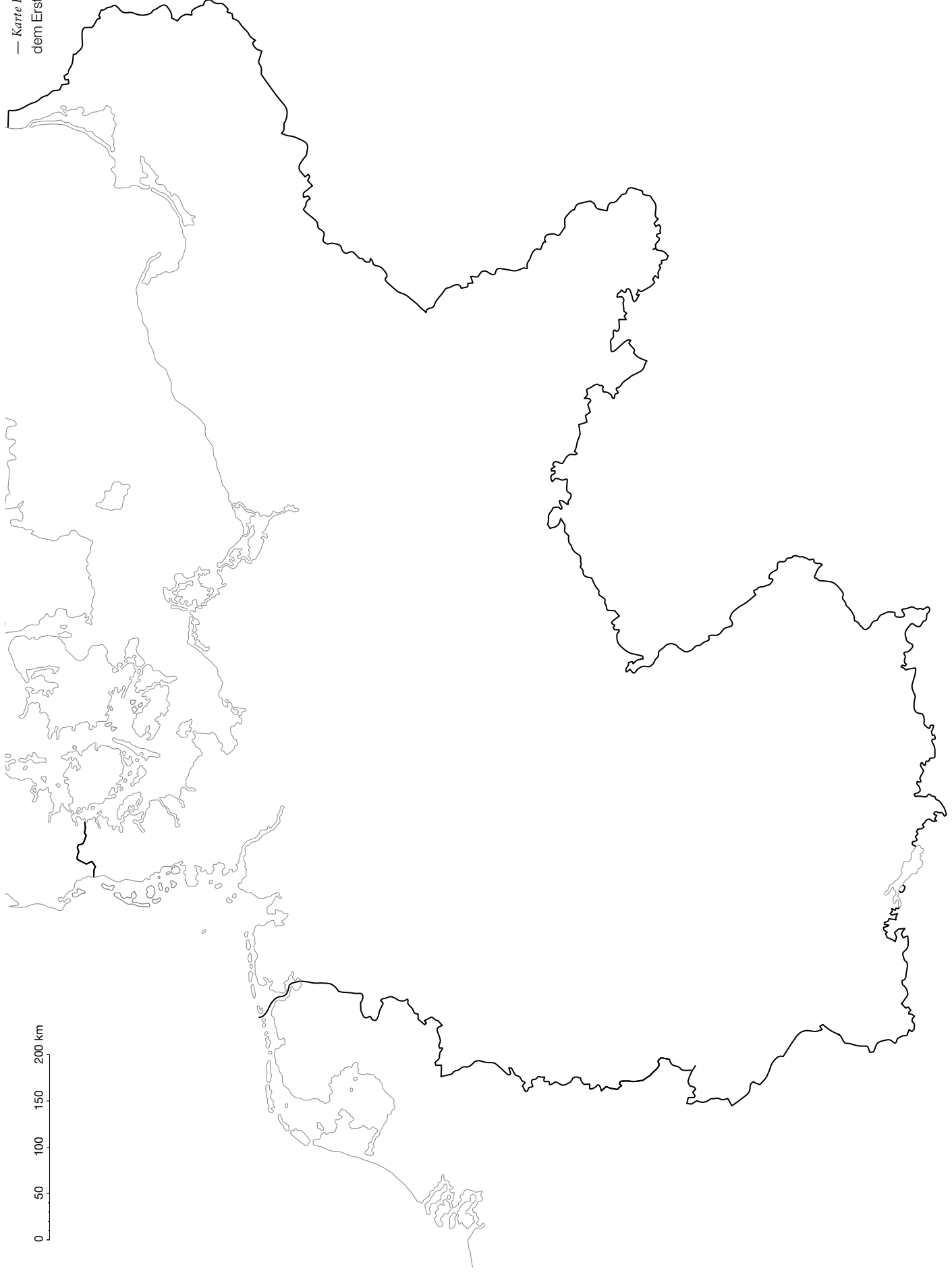
– *Karte C* Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (Blanko-Karte zum Ausfüllen)



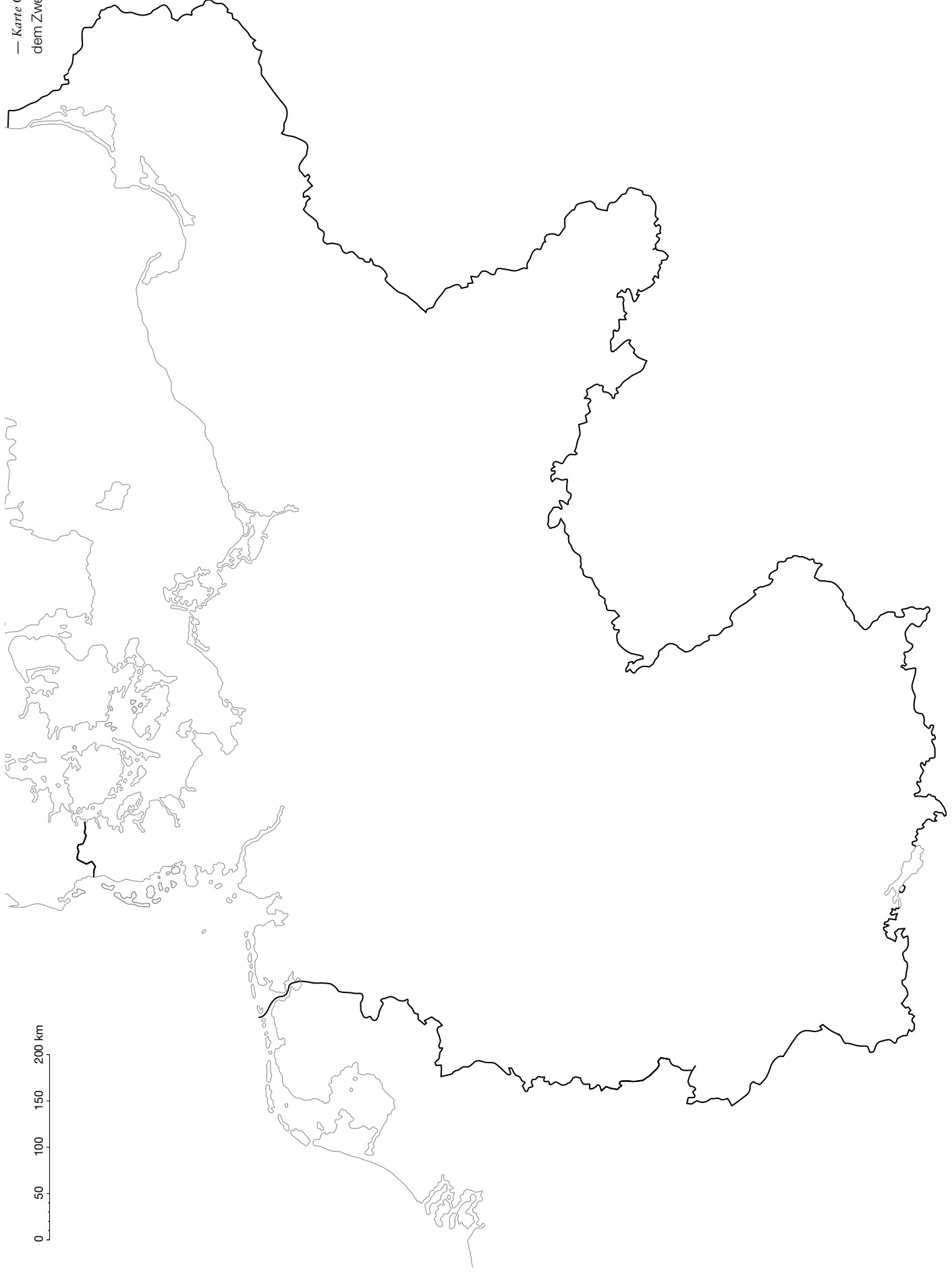
0 50 100 150 200 km

- Fsm. Fürstentum
- Ghzm. Großherzogtum
- Hzm. Herzogtum
- Kfsm. Kurfürstentum
- Kgr. Königreich
- Ksr. Kaiserreich
- HZ Fsm. Hohenzollern (seit 1849 preuß.)
- L Fsm. Lippe
- LB Hzm. Lauenburg (seit 1865 preuß.)
- MS Ghzm. Mecklenburg-Strelitz
- RÄL Fsm. Reuß ältere Linie
- RJL Fsm. Reuß jüngere Linie
- SA Hzm. Sachsen-Altenburg
- SCG Hzm. Sachsen-Coburg und Gotha
- SL Fsm. Schaumburg-Lippe
- SMG Hzm. Sachsen-Meiningen
- SR Fsm. Schwarzburg-Rudolstadt
- SSH Fsm. Schwarzburg-Sondershausen
- SWE Ghzm. Sachsen-Weimar-Eisenach
- W Fsm. Waldeck

— Karte B: Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg



— Karte C: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg



0 50 100 150 200 km